

Dresdner Volkszeitung

Postbevollmächtigter: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edl. Buchhandl. Dresden,
Bauhof der Brüder, Rosenstraße
und Neumann, L. G. Dresden,
Gebrüder Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Einnahmen gesetzlicher Art, ist es auch ohne Eintrag in diesen Blättern, bei der Bezahlung der Dresdner Volkszeitung ihren Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnement mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Der Wille“, außerdem „Volk und Welt“ monatlich 1,50 M., zusätzlich 45 Pf. für den Postzuschlag. Abonnement für 12 Monate 18 M. und 2,50 M. für den Postzuschlag. Einzelnummern 15 Pf. Postzuschlag 5 Pf. Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Ebnethaus 18, Bernauerstr. 53A, Dresden
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Meißnerstr. 10, Dresden Nr. 2531 und 1272.
Verlagsort: Dresden, den 14. Oktober 1931

Verlagspreis: Grundpreis: die 10 mm breite Normalgröße
10 Pf., die 20 mm breite Normalgröße 20 Pf., 1 x auswärts
15 Pf. und 2,50 M. für den Postzuschlag. Einzelnummern 10 Pf.
Abgabe 45 Pf. Postzuschlag 5 Pf. Dresdner Volkszeitung

Nr. 240 Dresden, Mittwoch, den 14. Oktober 1931 42. Jahrgang

Kanzler gegen Inflationsverbrecher

Gegen die Katastrophenfronten

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:
Nach mehr als sechs Monaten Pause wieder Reichstag. Das Reichsparlament entscheidet über das Schicksal der Reichsregierung. Der Reichskanzler hat in feierlichen und bewegten Worten die Verantwortung ausdrücklich dem Reichstag zu übertragen. Das Parlament entscheidet über das, was kommen soll.
Alle großen Sensationen bleiben aus. Nur mühsame Annäherungen hinter der polizeilichen Postenkette, die die Auffahrt der Abgeordneten frei hielt. Es gingen Gerüchte, daß die Nazis den räumlichen Parlamentsstreifen in braunen Uniformen abgeben würden. Die Kommunisten als rote Front kostümiert einziehen würden. Nichts davon. Die Nationalsozialisten und die Linksnationalen ließen sich nur durch einige Horchposten strecken. Der Rest ihrer Fraktion sah ab und zu wie neugierige Schnäbel in den Saal.
Der Reichskanzler hielt eine Rede gegen rechts. Die Kommunisten war nicht ein Wort gewidmet. Die Reichsregierung scheint die russische Linksoption politisch für unannehmbar zu halten. Der Harzburger Inflationsfront geht die erste Programmpunkt Brünings. Unbedingte Stabilität der Währung. Nicht minder war folgender Satz auch gegen die Harzburger Katastrophenfront zu richten: „Eiligung der kurzfristigen Auslandschulden und endgültige Regelung der Reparationsfrage“. Auch das
Bekanntnis des Kanzlers zur Sozialpolitik, zum Tarifgedanken und zum verfassungsmäßigen Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten war ein Schlag gegen die Harzburger Lohnraubfront, gegen die Schwerindustrie und die von ihr bestochenen Nationalsozialisten.
Dagegen war die Bemerkung, daß die Tarife größere Elastizität haben sollen, eine Konzession an Unternehmerwünsche. Der forderte der Kanzler dieselbe Elastizität für Kartellpreise, aber in Sachen Preisabbau hat der jetzige Reichskanzler zu gründlich verfaßt, als daß er auf Glauben rechnen könnte.
Während in der Rede Kappte Brüning sein Manuskript zu und seine Abrechnung mit der Rechte frei fort. Der Reichskanzler nicht eben begabte Mann steigerte sich in temperamentsvolle Gesten hinein. So sehr empfindet er die verlogene und veräufelte Kampfweise der Rechten. Er warf dem Harzburger Generalführer der deutschen Schwerindustrie vor, daß er habe den Versuch zu einer Zerstörung des Glaubens an die deutsche Währung gemacht habe. Hier eilte das geistige Zentrum der deutschen SPD-Zentrale den Herren Schacht und Brüning zu Hilfe. Der Kommunist Neumann rief dem Kanzler zu, man solle die Mark an den Sowjetrubel anpassen. Es gab ein paar Minuten lang schallendes Gelächter über eine solche Zumutung. Man sollte aber nicht nur lachen, wenn die SPD durch den intimsten Vertrauensmann der Reichsregierung eine tolle Inflation fordert. Inflation von einem Maße, wie sie selbst die größten kapitalistischen Inflationisten nicht erträumen. Mark gleich Sowjetrubel: das bedeutet Vernichtung von mindestens vier Fünfteln aller deutschen Sparkapitals, bedeutet Wert von Milliarden Mark aus den notwendig wieder aufzusuchen müssen der sozialen Versicherungsträger, bedeutet internationalen Lohnraub, gegen den der jetzige Lohnraub von Brüning und die Moskauer Inflationistenfront.
Der Reichskanzler polemisierte gegen die von den Harzburgern und ihren schwerindustriellen Geldgebern

propagierter Forderung, die Krise vorwiegend durch Lohnsenkung zu überwinden. Hier war der Kanzler, wie an einigen Stellen der Rede auch, zu schwach. Er hätte die Parole ausgeben müssen: „Schluß mit der Gehalts- und Lohnsenkung, sofern nicht entsprechender Preis- und Mietabbau erfolgt.“
Scharf zugewandt waren dagegen die Parteien der Kanzlerrede, die die Mitverantwortung der deutsch-nationalen Reichsminister für den Ruin der Reichsfinanzen festhielten. Eugenbergs Pleitegeier räumte durch das Haus, als Brüning fragte, ob man etwa ihn, den Reichskanzler, auch für die Bankrottrift verantwortlich machen wolle. Ob er denn ganz deutlich werden sollte? Er wurde es nicht, aber alle Welt weiß: er hielt den Harzburger Inflationsfünftlern die Eugenbergs-Pleite um Ohr und Haarflecken vor.
Der Kanzler dachte an Eugenbergs phantastische Millionen-schulden bei Herrn Jakob Goldschmidt von der Danabank. Die Herren Eugenberg und Kompanie sind es, die durch eine neue Inflation auf Kosten der kleinen Sparrer sich noch einmal gesund machen wollen.
Ein optimistischer Ausklang, reichlich optimistisch sogar, schloß die Kanzlerrede. Dr. Brüning, der zugeht, sein Amt beinahe ohne Hoffnung angetreten zu haben, sprach die feste Zuversicht aus, daß Staat und Wirtschaft den Winter überleben werden. Er sieht die Nebel der tiefsten Krise sich verteilen, und freie Beglückungen eröffnen sich seinem Blick. Ob das nur eine Vision ist oder Wirklichkeit wird, weiß in dieser Stunde niemand. Die Entscheidung muß aber nahe sein. Wir sehen noch keinen Grund, Hoffnungen zu erwecken. Unser Wille ist im Augenblick darauf gerichtet, zu verhindern, daß das Letzte in Deutschland durch die Harzburger und die Moskauer Inflationen- und Zerstörungswort vernichtet wird.

Der Kanzler weiß, und drei sozialdemokratische Redner werden es ihm in den nächsten Tagen noch sehr deutlich sagen, daß er uns nicht als der Führer in Neuland gilt. Wir stützen ihn, weil er und seine Partei gegenwärtig eine der Positionen gegen Bürgerkrieg und eine akute Hungersnot sind, die un-aussprechbaren Umfang annehmen müßte. Das Weitere hängt davon ab, was die Regierung zu unseren Anträgen zu sagen hat.

Die SPD gegen die Mißtrauensanträge

Der Soz. Pressebericht berichtet:
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nach der Rede des Reichskanzlers zu einer kurzen Sitzung zusammen. Ohne Ausrede wurde beschlossen, die gegen das Kabinett Brüning vorliegenden Mißtrauensanträge abzulehnen.
Bestimmend für diese Entscheidung waren die Gründe, die bereits in der Sitzung vom Montag angeführt worden sind. Die Rede des Reichskanzlers hat keinen Anlaß, die politische Situation jetzt anders zu beurteilen. Die Tagung der sogenannten nationalen Opposition in Garmisch hat gezeigt, daß das Großkapital mit Unterstützung der Nationalsozialisten zum entscheidenden Schlag gegen die Rechte des werktätigen Volkes ausstößt. In ihrer Presse wird jetzt ganz offen mit dem Rufsatz gedroht, wenn die Diktatur des Schwerindustrials und der Großagrarier auf parlamentarischem Wege diesmal nicht vertrieben werden sollte. Die sozialdemokratische Fraktion will durch ihre Entscheidung verhindern, daß durch eine neue Inflation die Gewerbetreibenden und kleinen Sparrer noch einmal enttäuscht werden, daß durch rückfälligen Lohnabbau, Verschlagung des Tarifrechts und der Sozialgesetzgebung die Existenz der arbeitenden Massen vernichtet wird.
Als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion wird der Abgeordnete Dr. Breitfeld bei Beginn der Sitzung am Mittwoch das Wort ergreifen. Zum zweiten Redner wurde der Abgeordnete Kufhäfer bestimmt.

Das Urteil im Sempel-Prozess

Reine Dienstentlassung - Verweis und Geldstrafe in Höhe des Gehalts für vier Monate
Dienstag, Mittwoch, vormittags 10 Uhr, verhandelte der Vorsitzende des Disziplinarhofes im Prozeß gegen den Präsidenten Sempel von der Landesversicherungsanstalt folgendes Urteil: Die Verfassung des Vertreters der Versicherungsbehörde wird zurückgewiesen, auf die Berufung des Angeklagten wird das Urteil der Disziplinar-Kammer vom 30. Dezember 1930 aufgehoben. Dem Antrag auf Dienstentlassung wird nicht stattgegeben, dagegen wird der Angeklagte zu einem Verweis und zu einer Geldstrafe in Höhe seines Dienstbezüge von vier Monaten verurteilt. Der Angeklagte hat zwei Drittel der Kosten beider Rechtszüge zu tragen, ein Drittel wird der Staatskasse auferlegt.

Reichskanzler Dr. Brüning

Die Leitung des Reichs- und Innenministeriums ist in eine Hand vereinigt. Mehr als je zuvor zwingt uns unsere heutige Notlage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der politischen Machtmittel, namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Reichsbeschlüssen gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Leitung der Wehrmacht wird ihre bisherigen bewährten Grundsätze weiter verfolgen, die dem hohen Hause bekannt sind, und Gehör dafür bieten, daß dieses wichtigste Instrument des Staates jederzeit seinen Aufgaben gewachsen ist. Das Außenministerium ist in die Hände eines Mannes gelegt, der seit einem Neusekretär dem Staat in schwerster Zeit besonders treu und erfolgreich gedient hat.
Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen. Ich werde die Außenpolitik im Geiste der Besprechungen der letzten Monate,

Brünings Abwehr

33. Sitzung des Reichstags am 13. Oktober 1931

Die Redner waren schon lange vor Eröffnung der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt. Die Regierungsmitglieder sind vollständig erschienen. Die Plätze der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten sind zunächst unbesetzt, nur die Fraktionsführer dieser Parteien sind als „Horchposten“ anwesend.
Präsident Loh eröffnet die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehört Nachruf auf die in der ständigen Sitzung verstorbenen Abgeordneten Kerp (Zentr.) und Gemeinderat (Moskau). Der Präsident legt dann das Schreiben vorlesen, in dem dem Reichstag die Ernennung der zweiten Regierung Brüning mitgeteilt wird. Vor Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Zörgler (Komm.) einen Antrag, die politischen Abseparierungen um den Reichstag sofort aufzuheben. Dieser Antrag wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten, die inzwischen in den Saal eingezogen sind, abgelehnt.
Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“.
Reichskanzler Dr. Brüning wird von den Kommunisten empfangen mit Rufen: „Kanzler! Kanzler! Diktator!“
„Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, dem hohen Hause die Reichsregierung in der Zusammenfassung vorzustellen, wie sie Herr Präsident soeben verkündet hat. Es ist mir ein inneres Bedürfnis, zunächst jedes der ausgetretenen Herren Minister Dr. Curtius, Dr. Birck und v. Sudrad den Dank der Reichsregierung für ihr pflichttreues Wirken im Dienste für Reich und Volk auszusprechen. Die Reichsregierung ist ergänzt durch einen bewährten Vertreter der Wirtschaft, der als Sachberater der Reichsregierung in den vergangenen Monaten zur Seite gestanden hat.
Die Leitung des Reichs- und Innenministeriums ist in eine Hand vereinigt. Mehr als je zuvor zwingt uns unsere heutige Notlage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der politischen Machtmittel, namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Reichsbeschlüssen gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Leitung der Wehrmacht wird ihre bisherigen bewährten Grundsätze weiter verfolgen, die dem hohen Hause bekannt sind, und Gehör dafür bieten, daß dieses wichtigste Instrument des Staates jederzeit seinen Aufgaben gewachsen ist. Das Außenministerium ist in die Hände eines Mannes gelegt, der seit einem Neusekretär dem Staat in schwerster Zeit besonders treu und erfolgreich gedient hat.
Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen. Ich werde die Außenpolitik im Geiste der Besprechungen der letzten Monate,

Reichskanzler Dr. Brüning

vor allem der jüngsten deutsch-französischen in Berlin, fortführen. Die Reichsregierung erwartet das Ziel nicht allein durch internationale Verhandlungen oder Hilfe des Auslandes. Aber Deutschland hat im letzten Jahrzehnt am eigenen Leibe mehr als alle Nachbarn gespürt, wie die ungeordneten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichen gesteigert und wachsende Verzweiflung in allen Schichten des Volkes genährt haben. Deshalb hat Deutschland das Recht, an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerlässlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden zu lassen. Ich glaube, daß in den vergangenen Monaten ein gewisser Fortschritt in solcher Bestimmung erzielt worden ist. Allen Völkern sollte insofern lebendig vor Augen geführt sein, daß das Schicksal jedes Staates mehr denn je in der Vergangenheit mit dem Schicksal der Nachbarn verflochten ist. Die vorübergehenden politischen Forderungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbarer Bedrängnis geführt. Die weitsehende Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat leider nur eine vorübergehende Erleichterung geschaffen. So groß auch ihre Bedeutung war und so dankbar sie vom deutschen Volke empfunden wurde, schon die Ungewissheit in den Fragen der politischen Forderungen läßt fortgesetzt eine Lähmung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus. Unmittelbare und offene Aussprachen, wie sie in Genua, Paris, London, Rom und hier in Berlin, geschlossen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen Solidarität der Nationen ebnen.
Die weitergreifende Zerrüttung der Kreditwirtschaft der Welt hat die Reichsregierung
von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt.
Die Reichsregierung nimmt für sich als einen Erfolg in Anspruch, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreise der großen Nationen mit entscheidenden Sparmassnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglicher Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat. Hierdurch allein ist verhindert worden, daß die gefunden Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft in den vergangenen Monaten völlig erschüttert worden sind. Die Reichsregierung wurde durch Entscheidungen, die allerdings hart und unpopulär waren, in die Lage versetzt, gerade in dieser Zeit zur Rettung der Primarwirtschaft schwebende Schulden in Höhe von nahezu dreihundert Millionen Mark zurückzahlen.
Die Krise des europäischen Kontinents, deren endgültige Lösung noch nicht sicher beurteilt werden kann, stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch härter als in den vergangenen Monaten sind eine Einklemmung von Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Volkswirtschafts und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig. Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Überein-